

Stadtteilbeirat Sternschanze
Protokoll der 135.Sitzung vom 27.5.2026

Der Beirat ist mit 11 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Tagesordnung

TOP 01. Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung

TOP 02. Aktuelle Planungen Sternbrücke
(zu Gast VertreterInnen der DB InfraGo AG)

TOP 03. Der Nachtbeauftragte und der Stadtteilkoordinator stellen sich vor.

TOP 04. Berichte

TOP 05. Anliegen von Gästen und Mitgliedern

TOP 06. Termine

TOP 01. Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung

Ein Beiratsmitglied vermisst einzelne kritische Bemerkungen von Gästen zum Thema Olympia im Protokoll; nachträgliche Änderungen oder Ergänzungen werden jedoch nicht gewünscht. Der Vorstand erläutert, dass das Protokoll nur die wesentlichen Abläufe und nicht die gesamte Diskussion abbilden soll.

TOP 02. Aktuelle Planungen Sternbrücke
(zu Gast VertreterInnen der DB InfraGo AG)

Frau Widmaier, zuständige Projektleiterin der *DB InfraGo AG*, stellte zusammen mit ihrem Kollegen, Herrn Kürzinger, den Baufortschritt der neuen Sternbrücke und die Planung des Transports des Bauwerks von ihrem Bauplatz auf der Brammerfläche zu ihrem Bestimmungsort an der Kreuzung Max-Brauer-Allee / Stresemannstraße vor.

Die Brückenverbindung habe mit über 900 Zugbewegungen pro Tag eine über Hamburg hinausgehende Bedeutung für das europäische Schienennetz. Daher war es notwendig, ein Bauverfahren zu wählen, das die Unterbrechung des Bahnverkehrs auf den geringstmöglichen Zeitraum begrenzt. Das Projekt liege im Zeitplan und werde voraussichtlich im 1. Quartal 2027 endgültig abgeschlossen werden können.

Frau Widmaier erklärte in einer Präsentation mit Plänen und Bildern den Ablauf des Transports auf der Max-Brauer-Allee. Deren Fahrbahn muss dafür ab dem 26. Juni zwischen den Kreuzungen Schulterblatt beziehungsweise Stresemannstraße für den motorisierten Fahrzeugverkehr bis Anfang September gesperrt werden. Die Geh- und Radwege der Max-Brauer-Allee bleiben aber zunächst bis zum 17. Juli weiter offen und auch die Überquerung der Kreuzung Stresemannstraße ist zu Fuß und mit dem Fahrrad bis dahin möglich.

Der Transport der neuen Brücke wird etwa zehn Stunden dauern und über Nacht ab dem 30. Juli auf speziellen Schwerlast-Modulen erfolgen. Diese Fahrzeuge werden aus einzelnen, aneinander gekoppelten Einheiten mit je bis zu 24 einzeln steuerbaren Achsen gebildet. Dadurch verteilt sich das Gesamtgewicht von fast 4.000 Tonnen auf die zahlreichen Räder, so dass die Druckbelastung jedes einzelnen Rades innerhalb der zulässigen Lasten der Fahrbahn bleibt.

Zusätzlich werde die Fahrbahn ab Ende Juni mit Sand und darüberliegenden Stahlplatten abgedeckt. Dies gewährleiste zum einen den erforderlichen absolut ebenen Transportweg und Sorge zum anderen für eine gleichmäßige Gewichtsverteilung.

Während des Transports des 108 m langen und 24 m breiten Brückenbauwerks werden die Schwerlastmodule die gesamte Fahrbahnbreite der Max-Brauer-Allee einnehmen. Das Brückenbauwerk

wird dabei auf 4,50 m über das Fahrbahn-Niveau angehoben, da die Brücke breiter als die eigentliche Fahrbahn ist. Rechts und links wird die Brücke weit über die Transportmodule auf der Fahrbahn hinaus bis in den Bereich über den Fuß- und Radwegen ragen. Wegen der Breite des Bauwerks müssen Teile des Daches und der Beschilderung der *Shell*-Tankstelle sowie Straßenmobiliar wie Schilder oder Lichtsignalanlagen für den Transport entfernt werden. Die benötigte Breite sei auch der Grund, weshalb die Bäume im Bereich der Transportstrecke gefällt werden mussten.

Im Bereich des Bauwagenplatzes *Zomia* müssen für den Transport keine baulichen Veränderungen oder Umstellungen der Fahrzeuge und Hänger erfolgen. Der Bauwagenplatz und sein Zaun liegen knapp außerhalb der vom Transport benötigten Fläche und können dort verbleiben.

Für die Bewohnenden des Bauwagenplatzes wie auch für alle Anwohnenden mit Wohnungen in der Max-Brauer-Allee, die unmittelbar an den Transportweg grenzen, wird es für die Zeit des Transports aus Sicherheitsgründen nicht möglich sein, sich dort aufzuhalten. Hintergrund ist, dass diese Grundstücke während des Transports in Notfällen nicht für Rettungskräfte zu erreichen sind. Die *DB InfraGo AG* wird den Betroffenen für diese Zeit Ersatzwohnraum (Hotelzimmer) zur Verfügung stellen. Die konkrete Planung dazu, wer davon betroffen ist und wann, liege dabei in den Händen der Stadt Hamburg. Die betroffenen Anwohnenden werden rechtzeitig darüber informiert und Angebote für Ausweichquartiere durch die *DB InfraGo AG* erhalten.

Im Anschluss an die Präsentation beantworteten die VertreterInnen der *DB InfraGo AG* Fragen der Anwesenden zu unter anderem diesen Schwerpunkten:

Verkehrsführung / Umleitungen

Der Straßenraum mit Lichtsignalanlage solle im September wiederhergestellt werden.

Die Stresemannstraße werde von 7.7. bis 18.8. gesperrt; bis zur Vollsperrung der Kreuzung vom 30.7. - 1.8. bleibe sie für Rad- und Fußverkehr aber passierbar.

Sämtlicher Schienenverkehr werde vom 17.7. - 14.8. gesperrt.

(Hinweis: Der Vorstand wird in der nächsten Stadtteilbeirats-Sitzung ausführlich über die geplanten Verkehrsmaßnahmen berichten)

Von wo aus lässt sich der Transport beobachten?

Die Einhebung der Brücke sei voraussichtlich vom südlichen Teil der Max-Brauer-Allee aus gut zu besichtigen.

Das neue Brückenbauwerk wiegt mehr als zu Projektbeginn angegeben. Ist das zusätzliche Gewicht beim Transport berücksichtigt oder gefährdet es die am Transportweg liegenden Gebäude?

Die Gewichtsangaben zu Beginn des Projekts hatten sich auf das Materialgewicht des Baustahls für den Überbau (ca. 3.600 to) bezogen.

Das Transportgewicht der Brücke werde bei etwa 4.100 Tonnen liegen, wobei der genaue Wert erst beim Anheben auf die Transportfahrzeuge ermittelt werden könne. Denn unter anderem das Gewicht der Schweißnähte lasse sich erst nach dem Abschluss aller Arbeiten unmittelbar vor dem Transport feststellen.

Das finale Transportgewicht wurde in den Planungen mit Sicherheitsreserven berücksichtigt. Eine Gefahr für die angrenzenden Gebäude bestehe nicht. Sie wurden vorab begutachtet und ihr Zustand dokumentiert.

Wie wurden die Ausweichquartiere bislang während der Bauarbeiten angenommen?

Von etwa 600 Haushalten, die im Umfeld der Brücke Anrecht auf Ersatzwohnraum während lärmintensiver Arbeiten hatten, hätten bislang ungefähr 200 bis 300 das Angebot angenommen.

Was wird aus der alten Brücke?

Die alte Brücke wird direkt beim Abbau zerlegt und abtransportiert, Überreste und Teile der alten denkmalgeschützten Brücke würden in Wilhelmsburg gelagert und von Schadstoffen gereinigt. Falls der Bezirk Altona und die Stadt noch Interesse an Brückenteilen habe, sei die *DB InfraGo* nach wie vor bereit, diese abzugeben.

Welcher konkrete Ausgleich erfolgt für die gefälltten Bäume?

Als ökologischen Ausgleich für die 86 Bäume, die auf den Bau- und Transportflächen gefällt werden mussten, finanziert die *DB InfraGo AG* gemäß des Bundesnaturschutzgesetzes die Anpflanzung von 260 neuen Bäumen.

Wie in solchen Fällen üblich, liegt die Planung der Pflanzungen und ihrer Standorte dabei nicht in Händen der *DB InfraGo AG*.

Diese Aufgaben übernehmen die betroffenen Bezirke, in diesem Fall Altona und Eimsbüttel. Das Bundesnaturschutzgesetz sieht vor, dass der Ersatz für die in den jeweiligen Bezirken gefälltten Bäume auf deren Gebiet gepflanzt werden. Daher wird es neben den unmittelbaren Ersatz-Pflanzungen im Stadtteil auch Neupflanzungen in weiteren Bezirksamtsgebieten geben.

Frau Widmaier wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die *DB InfraGo* im Vorfeld alternative Bauplätze und Transportwege geprüft hatte, um Auswirkungen auf die Umgebung wie Baumfällungen gering zu halten.

So sei beispielsweise das Areal der *Shell*-Tankstelle und die südlich angrenzende Fläche als Bauplatz für die neue Brücke geprüft worden, dieser Bereich habe sich aufgrund der angrenzenden Bebauung jedoch als zu klein erwiesen. Auch ein Transport der Brücke von der Baustelle auf der *Brammer-Fläche* über den Schienenstrang bis zur Stresemannstraße wurde untersucht, erwies sich jedoch unter anderem aufgrund der zu dicht angrenzenden Bebauung als nicht umsetzbar und hätte noch mehr Baumfällungen als beim jetzigen Transportweg erfordert.

Wie können die Lärmschutzwände gestaltet werden?

Die Lärmschutzwände könnten nicht mit Bepflanzung verkleidet werden; eine entsprechende Prüfung habe ergeben, dass dafür Abstände von der Wand eingehalten werden müssten und der Platz dafür nicht ausreiche.

Ein transparentes Material lasse sich in den Lärmschutzwänden nicht verwenden, da ein entsprechender Werkstoff mit einer schallabsorbierenden Wirkung auf beiden Seiten der Wand noch nicht entwickelt sei.

Wie lange steht die Kabeltrasse nach Ende der Arbeiten?

Die Kabeltrasse werde erst später entfernt, da auch dafür eine erneute Komplett-Sperrung der Bahntrasse von etwa zwei Wochen erforderlich sei.

Ein Beiratsmitglied fordert, die Bahn solle zum Ausgleich der Belastungen des Viertels in einen Verfügungsfonds einzahlen, aus dem zum Beispiel kulturelle Projekte finanziert werden könnten.

Für weitere Informationen und Anliegen zum Thema Sternbrücke hat die *DB InfraGo AG* jeden Donnerstag zwischen 16:30 und 17:30 Uhr im Baubüro über dem *Alnatura* Bio-Markt auf dem Hinterhof Schanzenstraße/Ecke Ludwigstraße (Ludwigstraße 12) eine wöchentliche Bürgersprechstunde eingerichtet. Daneben gibt es weiterhin die bekannten Kontaktwege über E-Mail und Internet.

Der Vorstand bedankt sich bei den VertreterInnen der *DB InfraGo AG* für die Erläuterungen und weist auf das Beteiligungsverfahren des Bezirks für das Brückenumfeld hin, bei dem noch bis zum 30.6. unter <https://umfeld-sternbruecke.beteiligung.hamburg/#/contributions/list> Eingaben und Vorschläge möglich sind.

TOP 03. Der Stadtteilkoordinator und der Nachtbeauftragte stellen sich vor

Michael Wicke folgt Jenny Löwenstein als neuer Stadtteilkoordinator nach. Für die Aufgaben stehe nun allerdings eine geringere Stundenanzahl zur Verfügung. Er könne daher nicht an jeder Sitzung des Beirats teilnehmen, bei themenbezogenen Anfragen stehe er aber zur Verfügung.

Aus dem Beirat wird der Wunsch laut, dass er auch von sich aus in den Beirat kommen und von seiner Arbeit berichten möge.

Sascha Bartz ist im Auftrag der Bezirke Mitte und Altona als „Nachtbeauftragter“ für sechs Monate vom 1.4. bis 30.9.2026 nun auch für die Bereiche Ottensen und Sternschanze zuständig. Er stellt sich und seinen Auftrag vor.

Ziel des Nachtbeauftragten sei es, bestehende Konflikte zwischen den Interessen der Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Besuchern des Nachtlebens zu identifizieren und als neutrale Instanz eine Lösung herbeizuführen. Seine beiden Mitarbeiterinnen für Backoffice/Protokoll und Mediation/Konfliktmoderation und er selbst stehen dabei allen Beteiligten als Ansprechpartner zur Verfügung.

Um sich selbst ein Bild zu machen, Konflikte frühzeitig zu erkennen und mit Beteiligten in Kontakt zu treten, ist er auch immer wieder nachts in den Vierteln unterwegs.

Er berichtet weiter, dass er und sein Team gerade schrittweise Flyer mit Informationen zum Projekt an die Haushalte und Betriebe im Viertel verteilen und sich bei den Gewerbetreibenden vorstellen.

Anhand einer Präsentation und mitgebrachter Flyer erläutert er, wie bei Problemen eine Beschwerde formuliert sein sollte, damit er aktiv werden kann. Die Meldungen könnten auf Wunsch anonym erfolgen, so dass Bezirksamt und PK nur der Inhalt, aber nicht die Absendenden zur Kenntnis kommen. Diese Information wird auch auf einem weiteren Flyer zu finden sein, der in den Häusern ausgelegt wird.

Seit der Verteilung der ersten Flyer hätten sich bereits einige Anwohnende bei ihm gemeldet.

Er habe auch schon die ersten Gespräche mit ihnen geführt, zu denen er auf Wunsch auch zu den Anwohnenden nach Hause kommt. Im Juni sei ein Treffen mit Gewerbetreibenden geplant.

Sein erster Eindruck von der Schanze sei der einer auch im Vergleich zu St. Pauli sehr hohen Belastung der Anwohnenden durch den Lärm der Besucher, Kunden und Gäste vor allem am Schulterblatt und in der Susannenstraße.

Bei seinen ersten nächtlichen Rundgängen habe er bereits einige Problemstellen identifiziert, an denen sich regelmäßig große und laute Ansammlungen von Gästen und Kunden unmittelbar vor einzelnen Betrieben der Gastronomie und Kioske aufhalten.

Alle sechs Wochen berichte er über die Beschwerdelage und seine Erkenntnisse in einer Lenkungsgruppe mit den Fachämtern des Bezirksamts, VertreterInnen der politischen Fraktionen der Bezirksversammlung, der Polizei und der Stadtreinigung. Die Teilnehmenden seien verpflichtet, die Vertraulichkeit persönlicher Daten zu wahren.

Im September sollen die Ergebnisse im Ausschuss für Wirtschaft, Klima- und Verbraucherschutz vorgestellt werden. Eine Verlängerung des Projektes sei angedacht, aber nicht gesichert, da die Finanzierung über bezirkliche Sondermittel und somit über die Bezirksversammlung erfolge und in Konkurrenz zu anderen Projekten stehe.

Gäste des Stadtteilbeirats berichten, schlechte Erfahrungen bei der Meldung von Ruhestörungen beim PK16 gemacht zu haben. In einem Fall seien die Beamten erst Stunden nach der Beschwerde eingetroffen und hätten spät nachts geklingelt, um die Störung aus der Wohnung heraus zu dokumentieren.

Andere Gäste berichteten davon, dass es oft sehr lange dauere, bis die Polizei bei Ruhestörungen vor Ort sei. In einigen Fällen sei ihnen bereits beim ersten Anruf mitgeteilt worden, dass wegen anderer laufender Einsätze absehbar kein Streifenwagen des PK16 verfügbar wäre. Der Nachtbeauftragte erwidert dazu, diese Problematik sei ihm auch aus den anderen Quartieren bekannt. Er werde diese Punkte bei seinem nächsten Meeting mit der Leitung des PK16 ansprechen.

Bei akuten Ruhestörungen sei es besser, diese über die Rufnummer 110 zu melden, da die Leitstelle direkt auf alle Streifenwagen im Stadtgebiet zugreifen könne. Im Unterschied zu den Polizeikommissariaten werde bei der Leitstelle jeder einzelne Anruf automatisch dokumentiert, was sicherstelle, dass die Meldung der Ruhestörung ins polizeiliche Lagebild einfließe.

Ein weiterer Gast äußert Bedenken, trotz großer Belastung durch Lärm persönlich als Beschwerdeführer in Erscheinung zu treten. Der Vorstand weist daraufhin, dass nur, wenn die Ruhestörung bei der Polizei in Form einer Anzeige erfolgen soll, eine Aufnahme der Personalien des Anzeigenstellers vorgeschrieben sei. Diese Angaben seien jedoch nicht erforderlich, wenn eine Störung lediglich als Beschwerde der Polizei gemeldet wird.

Der Nachtbeauftragte Sascha Bartz wiederholt, dass Beschwerden an ihn auf Wunsch anonym über das Kontaktformular auf der Webseite eingereicht werden können.

Auf eine weitere Frage hin erklärt Herr Bartz, dass es nicht erforderlich sei, bei Störungen Nachweise in Form von detaillierten Lärmprotokollen einzureichen oder selber die Lärmbelastungen mit geeichten Messgeräten zu dokumentieren.

Der Vorstand ergänzt, dass bei Beschwerden an die zuständige Fachbehörde für Verbraucherschutz (verbraucherschutz@altona.hamburg.de) die konkreten Messungen seitens der Behördenmitarbeiter erfolgen müssen, da Maßnahmen erst aufgrund dieser amtlichen Feststellungen eingeleitet werden können, nicht aber durch die Bürger-Beschwerde als solches.

Ein Gast des Stadtteilbeirats weist auf die weiterhin bestehenden Rauchemissionen beim Restaurant *Lokmam* hin und bittet um Überprüfung.

Ein weiterer Gast schlägt für Probleme mit Autolärm die Anwendung von Lärmkameras vor, die in New York eingesetzt würden und die dort eine Rechtsgrundlage für hohe Strafzahlungen bei Verstößen bildeten.

Der Vorstand appelliert an die Anwesenden, die begrenzte Projektzeit des Nachtbeauftragten bis Ende September 2026 zu nutzen und ihn bis dahin durch Hinweise und Meldungen auf Störungen bei der Lösung dieser Probleme zu unterstützen. Die positiven Ergebnisse seiner Tätigkeit im Bereich St. Pauli in den vergangenen Jahren zeige, dass er dort viele Konflikte durch Vermittlung habe lösen können. In den wenigen Fällen, in denen sich Betreiber dauerhaft uneinsichtig zeigten und es fortlaufend ein hohes Beschwerdeaufkommen gab, habe dies entsprechend scharfe Maßnahmen der Behörden bis hin zum kompletten Entzug der Sondernutzungsgenehmigungen für die Außenterrassen der verursachenden Betriebe zur Folge gehabt. Eine rechtssichere Durchsetzung und der Bestand solcher Maßnahmen hänge aber ganz wesentlich auch von der Anzahl der Beschwerden ab.

TOP 04. Berichte

Erste Öffentlichkeitsbeteiligung Umfeld Sternbrücke

Am 4.5. hat eine erste Beteiligungsveranstaltung des Bezirksamts Altona zu Flächen an der Sternbrücke stattgefunden. Dabei wurden Ideen und Wünsche gesammelt, welche temporären oder dauerhaften Angebote hier für den Stadtteil auf Grundstücken und in Gebäuden im Besitz der FHH stattfinden könnten. Über die Veranstaltung wurde unter anderem im Hamburg Journal berichtet. Bis zum 30.6. besteht noch die Möglichkeit der Online-Beteiligung unter <https://umfeld-sternbruecke.beteiligung.hamburg/#/contributions/list>

Nächtliche Lärmbelästigung an Tischtennisplatten im Sternschanzenpark

Das Wohnprojekt *Womms* hat entschieden, vorerst keine Eingabe zum Versetzen der Tischtennisplatten im Grünausschuss einzubringen. Die Gespräche mit dem Amt liefen noch. Der Vorstand hat daher auch die vorbereitete Empfehlung, für die der Beirat sie ermächtigt hat, zunächst nicht an den Ausschuss

übersandt und wird sie gegebenenfalls später einbringen. Die Empfehlung lautet: „Der Beirat empfiehlt, die Tischtennisplatten vom jetzigen Standort in der Nähe von Wohnbebauung an einen nahe gelegenen Standort zu versetzen. Begründet wird dies mit Meldungen an den Stadtteilbeirat über wiederholte laute nächtliche Versammlungen an den Platten zu Techno-Musik.“

Schanzenfest

Nach Einschätzung des Beirats haben beim diesjährigen Schanzenfest im Vergleich zum Vorjahr die Flohmarktflächen ab- und kommerziell ausgerichtete Angebote wie *Red Bull* zugenommen. Dem Vorstand ist eine Meldung zugegangen, dass in einem Fall ein Gastronomiebetrieb für einen Flohmarktstand neben den eigenen Sondernutzungsflächen 20% vom Umsatz als Anteil verlangt habe. Herr Stamm vom Polizeikommissariat PK 16 berichtet, dass es in diesem Jahr gelungen sei, dass laute Musik über Boxen bereits um Mitternacht abgeschaltet wurde und daher keine Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet werden mussten.

TOP 05. Anliegen von Gästen und Mitgliedern

Schanzenpark

Ein Beiratsmitglied berichtet, dass sich der Rasen auf der Veranstaltungsfläche im Sternschanzenpark durch Veranstaltungen wie das *Schanzenzelt* oder das *Schanzenkino OpenAir* in einem erbarmungswürdigen und weitgehend versiegelten Zustand befinde. Die Veranstalter sollten innerhalb ihrer Sondernutzungsgenehmigung zur Renaturierung verpflichtet werden.

Plakataktion SC Sternschanze und Rosenhofstraße

Die angekündigte Plakatierungsaktion durch SC Sternschanze und Anwohnende der Rosenhofstraße zum Gedenken an das Ende des Nationalsozialismus wurde mit etwa fünfzig Teilnehmenden erfolgreich durchgeführt.

fritz-kola in der Sternschanze

Herr Wiegert (Gründer, Geschäftsführer + Gesellschafter) und Herr Fromme (Nachhaltigkeitsmanager) stellten sich und das Unternehmen *fritz-kola GmbH* vor, das mit seinem Firmensitz als neuer/alter Nachbar wieder in die Sternschanze zurückkehre, wo das Unternehmen gegründet worden sei. Die Verwaltung ziehe in Büroräume in der Schanzenstraße/Ecke Ludwigstraße. Produziert werde wie bislang jedoch nicht in der Schanze, sondern in fünf dezentral im Land verteilten Lohnbrauereien, um lange Transportwege zu vermeiden und Ressourcen zu schonen.

Die beiden beantworteten kritische Fragen zu ihrem Unternehmen und seinen Produkten:

Es sei richtig, dass *fritz-kola* auch in 0,25 l Dosen abfülle, deren schlechtere Umweltbilanz gegenüber Pfandflaschen ihnen bewusst sei. Hintergrund der Entscheidung, auch Dosen zu verwenden, sei der seit seiner Einführung nie angehobenen Pfandbetrag von 8 Cent für Glas-Mehrwegflaschen. In einigen Gebieten würden dadurch zu wenige Flaschen wieder zurückgegeben. Mit Dosen erreiche man durch die 25 Cent Pfand dort eine deutlich höhere Rückgabequote. In diesen Gebieten werden daher gezielt auch Dosen angeboten. *fritz-kola* befürworte aus diesem Grund eine Anhebung des Glas-Flaschenpfands und unterstütze die Aktion „Pfand gehört daneben“ für das Aufstellen von Sammelbehältern für Pfandflaschen im öffentlichen Raum.

Auf die Kritik, dass *fritz-kola* als Kooperationspartner eines Parteitags der *CDU* die Getränke stellten, antwortet Herr Wiegert, dass sie sich auf Bundesländerebene seit Jahren mit Kampagnen gegen Rechtsextremismus positionierten. Im Vorfeld der letzten Bundestagswahl hätte man sich daher entschlossen, als Demokratieförderung je 25.000,- € an alle im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der *AfD* zu spenden. Aus diesen Mitteln sei der Getränkesupport erfolgt. Alle Parteien hätten diese Spenden angenommen bis auf *Die Linke*, da die Partei grundsätzlich Spenden von Unternehmen ablehne.

Die zur Zeit von der Bundesregierung diskutierte Erhebung einer Zuckersteuer auf zuckerhaltige Getränke werde von fritz-kola kritisch gesehen, berichtet Herr Wiegert. Versuche, den Zuckergehalt ihrer Getränke zu reduzieren, hätten in der Vergangenheit immer zu Umsatzrückgängen geführt. Ersatzsüßstoffe seien ebenfalls nicht unproblematisch und belasteten unter anderem das Grundwasser. Bei ihren Produkten handle es sich um Limonaden, ein Genussmittel, das traditionell einen hohen Zuckeranteil beinhalte. Das Produkt sei nach ihrem Verständnis nicht darauf angelegt, es täglich in größeren Mengen zu konsumieren. Deswegen biete man es auch nur in kleine Flaschen mit 0,2l, 0,3l und 0,5l an. Auch die Werbung richte sich bewusst nicht an Kinder, sondern sei auf Konsumenten mit einem Mindestalter von über 15 Jahren ausgerichtet.

Der Vorstand bedankt sich für den Besuch und heißt das Unternehmen im Stadtteil herzlich willkommen.

TOP 06. Termine

WANN?	WAS?	WO?
8.6., 18 Uhr	Ausschuss für Wirtschaft, Klima und Verbraucherschutz (WKV)	Rathaus Altona, Kollegiensaal
24.6., 19.30 Uhr	nächste Beiratssitzung	Jesus Center, Schulterblatt 63

Protokoll vom 21.6.2026
erstellt vom *Standpunkt.Schanze e.V.*